Für eilige Leser

am Dienstag morgen.

Die Truppen des Deutschen Kronprinzen haben den Bergrücken des Chemin des Dames erstürmt und stehen im Kampfe an der Aisne.

Südwestlich von Meteren nahmen unsere Truppen bei erfolgreicher Unternehmung Engländer gefangen.

Nach einer Havas-Meldung ist Béthune durch die seit vier Wochen fortdauernden Brände vollständig zerstört.

Nach Meldungen französischer Blätter steigert sich an der ganzen Front die Artillerietätigkeit; Toul und Reims werden wieder schwer beschossen.

Ein Vorstoß italienischer Alpini-Bataillone östlich des Tonale-Passes wurde von österreichisch-ungarischen Truppen aufgehalten.

Im Sperrgebiete um Italien versenkten deutsche Unterseeboote fünf Dampfer von zusammen etwa 27 000 To.

Eine für den 20. Juni einberufene britische Reichskonferenz soll wichtige Entscheidungen über die englischen Friedensbedingungen fassen.

Der Eisenbahnverkehr von Deutschland über holländisches Gebiet nach Belgien wird am 3. Juni wieder aufgenommen werden.

Eine Vorlage der mexikanischen Regierung an das Parlament verlangt die militärische Ausbildung der Achtzehn- bis Sechsunddreißigjährigen.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: **Zeitweise aufklarend, kühl; keine wesentlichen Niederschläge.**

---

tralität, sondern auch einen Eingriff in die Oberhoheit der mexikanischen Regierung im eigenen Lande bedeuten würde. Daher sollen nach dem Gesetze vom 8. März die Kapitäne sämtlicher Schiffe, die mexikanische Häfen anlaufen, verpflichtet sein, alle Waren für Empfänger, die auf der nordamerikanischen Schwarzen Liste stehen, an diese auszuliefern, auch wenn ihnen dies von den nordamerikanischen Konsulatsvertretern untersagt wird, widrigenfalls der Kapitän eine Geldstrafe von 50 Pesos für jedes nicht ausgelieferte Kollo zu gewärtigen hat und ihm die Weiterreise aus Mexiko verweigert werden würde.

(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)

Köln, 27. Mai. Dem Pariser „Herald" zufolge stellt ein Telegramm aus Habana an das Ministerium des Auswärtigen trotz der Abreise Francos den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Kuba in Abrede. („Köln. Ztg.")

Der Unterseebootkrieg.

„Daily Mail" vom 21. Mai berichtet, daß in den letzten neun Monaten 5807 Schiffe von zusammen über 16 Millionen Tonnen auf englischen Werften ausgebessert worden seien. Das läßt auf die Größe des Schadens schließen, welchen die Tauchboote der feindlichen Schiffahrt über die Zahl der versenkten Schiffe hinaus zufügen. Wie im Unterhause mehrfach betont worden ist, liegen von Tauchbooten angeschossene Schiffe oft Monate lang still, ehe sie wieder verwendungsfähig werden. (W. T. B.)

(Havas-Meldung.) Das in Santander internierte Unterseeboot wird dort bleiben unter Bewachung durch das Kanonenboot „Marques de Molins", das zu diesem Zweck aus Ferrol ausgelaufen ist. Die deutsche Besatzung wird in der Umgebung von Madrid untergebracht werden. (W. T. B.)

(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)

Bern, 27. Mai. Die Prahlereien Lloyd Georges über die Beseitigung der Unterseeboot-Gefahr werden ins rechte Licht gerückt durch eine Besprechung des seemännischen Mitarbeiters der „Times", wonach nicht halb so viel englische Schiffe neu gebaut wurden wie verloren gingen. Der Verlust in den ersten vier Monaten des Jahres 1918 betrug nicht weniger als 916 080 Tonnen, die Neubauten aber nur 420 813 Tonnen. („Köln. Ztg.")

Die Beschießung von Paris.

Genf, 27. Mai. (Agence Havas.) Die Beschießung des Pariser Bezirks durch das weittragende Geschütz ist heute früh wieder aufgenommen worden. (W. T. B.)

Laon als Trümmerhaufen.

Berlin, 27. Mai. Die sinnlose Beschießung von Laon hat in den letzten Tagen wieder erheblich zugenommen. Durchschnittlich fielen in den letzten Tagen seit dem 20. Mai 200 Granaten auf Laon und in seine Vorstädte. Besonders stark war trotz regnerischen Wetters die Beschießung am 24. Mai. Die Vorstädte sind nur noch Trümmer. Die Oberstadt verfällt immer mehr. Die verängstigten Bewohner, unter denen die Beschießung täglich Opfer fordert, können sich aus ihren Kellern nicht mehr herauswagen. Es ist, wenn die Beschießung andauert, nur eine Frage der Zeit, wann die noch vorhandenen Teile von Laon mit allen Kirchen und Baudenkmälern ein Raub der Flammen werden. (W. T. B.)

Die Faschmeldungen unserer Gegner über die Luftkämpfe im Westen.

Berlin, 27. Mai. Seit Beginn der großen Schlacht haben sich unsere Gegner für ihre Niederlagen im Kampfe durch Siege auf dem Papier schadlos gehalten. Da man von siegreichen Erdkämpfen nicht gut reden kann, wenn man keine eroberten Ortschaften anzugeben vermag, so haben sie ihre ganze Erfindungsgabe den Luftkämpfen zugewendet. Hierin feiern ihre Waffen Tag für Tag Triumphe, wohlverstanden immer auf dem Papier. Am 16. Mai will eine einzige Brigade der englischen Fliegertruppe 21 deutsche Flugzeuge abgeschossen und kein einziges verloren haben. Tatsächlich verloren wir am 16. Mai an der Hauptkampffront 9 und auf der ganzen Westfront 41 Flugzeuge, unsere Gegner dagegen 19 bzw. 26 Flugzeuge. Am 17. Mai wollen die Engländer 30 deutsche Flugzeuge abgeschossen, 3 steuerlos heruntergetrieben und 2 durch Notlandung in ihren Linien erbeutet haben. In Wahrheit verloren wir am 17. Mai an der englischen Front 5 und auf der ganzen Westfront insgesamt 6 Flugzeuge, während die entsprechenden Verluste unserer Gegner 18 bzw. 21 Flugzeuge betrugen. Diese Feststellungen lassen einen Schluß zu. Es muß um die Stimmung bei unseren Gegnern schlecht stehen, wenn sie es für nötig halten, ihre Länder fortgesetzt durch derartige Falschmeldungen zu täuschen. (W. T. B.)

Die Loslösungsbestrebungen Transkaukasiens.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur aus Moskau hat das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten dem Minister des Auswärtigen in Tiflis durch Funkspruch seine Befriedigung darüber ausgesprochen, durch den deutschen Botschafter Grafen Mirbach gehört zu haben, daß die transkaukasische Regierung in Tschekelid durch ihren Vertreter Matschabali über die Trennung Transkaukasiens von Rußland und seine Selbständigkeit zu verhandeln wünscht, und schlägt, ohne damit die Unabhängigkeit Transkaukasiens schon anerkennen zu wollen, die von der Mehrheit der transkaukasischen Bevölkerung nicht gewünscht wird, als Ort der Verhandlungen die Stadt Wladikawkas vor, da Kiew nicht günstig gelegen sei. Sie teilt den Wunsch der deutschen Regierung, daß die Verhandlungen möglichst bald aufgenommen und zu Ende geführt werden möchten. Zugleich hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 23. Mai dem deutschen Botschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, aus deren Wortlaut sich folgender Verlauf der Dinge ergibt: Am 13. Mai hatte das Volkskommissariat das Angebot des Grafen Mirbach angenommen, Beziehungen zwischen der russischen Regierung und der angeblichen transkaukasischen Regierung zu vermitteln. Am 14. Mai hatte der deutsche Botschafter vorgeschlagen, die russische Regierung möchte ihre Wünsche in dieser Beziehung schriftlich mitteilen, was diese hatte geantwortet, daß ihrer Meinung nach ein Bevollmächtigter Rußlands an den Verhandlungen in Batum zwischen Deutschland und der Türkei einerseits und Transkaukasien anderseits teilnehmen müßte, da Rußland andernfalls einen dort zustandekommenden Vertrag nicht würde annehmen können. Am 22. Mai hat der deutsche Botschafter dem Volkskommissariat mitgeteilt, daß die transkaukasische Regierung den Bürger Matschabeli zu ihrem Vertreter an den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Transkaukasiens ernannt, zugleich Kiew als Ort der Verhandlungen vorgeschlagen und eine schnelle Einigung anempfohlen habe. Diesen Vorschlag nahm die russische Regierung an. (W. T. B.)

Die Selbständigkeit der Don-Republik.

Die Zeitungen veröffentlichen, wie aus Kiew gemeldet wird, eine Note der Don-Regierung an die ukrainische Regierung. Die Don-Regierung als bedeutendster Bestandteil des neuen Bundesstaates, des südöstlichen Bundes, der die Don-, Kuban-, Ter- und Astrachan-Kosaken, die Bergvölker des nördlichen Kaukasus und der Schwarz-Meer-Küste und die freien Steppenvölker des südöstlichen Rußlands umfaßt, dem sich ferner das Gouvernement Stawropol, die Schwarz-Meer-Gouvernements und Teile des Kreises Zarizin als unlöslich wirtschaftlich mit dem Südostbund verbunden anschließen, hat die Interessenvertretung des Bundes übernommen und ersucht, bei den Friedensverhandlungen mit Großrußland folgendes zu beachten: Der Südostbund ist kein Bestandteil der russischen Sowjet-Republik. Er befindet sich mit der nicht anerkannten Regierung der russischen Sowjet-Republik im Kriegszustande. Die Völker und die Regierung des Bundes werden die Unantastbarkeit des Bundes mit allen Mitteln verteidigen. Die Don-Regierung hat in den soeben verkündeten Staatsgrundgesetzen alle seit der Februar-Revolution 1917 erlassenen Gesetze der russischen Regierung wieder aufgehoben und hat das alte Wappen und Siegel der Donischen Kosaken wieder eingeführt. — „Kiewskaja Mysl" hebt hervor, daß durch diese Restauration alle Nationalitätenbeschränkungen im Donkosakenland wieder aufleben und somit die Juden dort das Wohnrecht wieder verlieren. Das Agrargesetz am Don, das binnen zwei Monaten veröffentlicht werden soll, sieht die Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes vor, der bestimmte Normen überschreitet. Die Landverteilung soll spätestens im Oktober erfolgen. Ein Hinweis auf die Entschädigungen der früheren Besitzer fehlt. In einem Aufruf an die Kosaken werden diese zu guten Beziehungen mit den deutschen Truppen aufgefordert. Sie sollen diese wie eigene Truppenteile ansehen. (W. T. B.)

b. **Basel,** 27. Mai. (Eig. Drahtmeld.) Pariser Blätter melden aus Stockholm: Aus Nikolajew werden schwere Unruhen gemeldet. Die Volkskommissare der Republik des Don und der Republik Taurien sind angeblich erschossen worden.

Nach einem Rostower Telegramm der „Nabotschaja Shizn" ist das Don-Ministerium gebildet: Ministerpräsident Generalmajor Bogajewski, Verweser des Auswärtigen, gleichzeitig Krieg und Marine: Generalmajor Denisow; Finanzen: Korschenewski; Handel und Industrie: der bekannte Rostower Liberale Großindustrielle Paramonow; Unterricht: Swjetosarow; Justiz: Sacharow; Wegebau: Ingenieur Barolin; Inneres: Janow; Landwirtschaft: Senenow. (W. T. B.)

Rußlands Haltung gegenüber Finnland.

(Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Sowjet-Regierung hat folgenden Funkspruch nach Berlin ergehen lassen: Heute, am 15. Mai, hat Graf Mirbach uns mitgeteilt, daß nach bei der deutschen Regierung eingegangenen Nachrichten am 11. Mai Batterien der Festung Jno auf finnische Truppen gefeuert hätten und daß im Widerspruch mit dem Brester Friedensvertrag ein russischer Kreuzer bei der Festung liege. Nach sofortiger Erkundung haben die Batterien der Festung Jno nicht gefeuert. Möglich ist es, daß Sprengungen in der Festung für Geschützsalven genommen worden sind. Der Kommandant der Festung hat unter dem Druck eines Ultimatums der Weißen Garde auf Uebergabe der Festung keinen anderen Ausweg gewußt, als den Befehl, den Schießbedarf zu sprengen. Der Kreuzer „Oleg" liegt nur zu dem Zwecke vor der Festung, um ihre Besatzung im Falle der Uebergabe aufzunehmen. (W. T. B.)

Der Deutsch-russische Sonderausschuß.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 22. Mai dem deutschen Botschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, in welcher es als Sitz des Sonderausschusses zur Regelung einiger sich aus dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk ergebenden Punkte Moskau vorschlägt und folgende Fragen als Verhandlungsgegenstände vorschlägt: 1. die Lage im Kaukasus, 2. die Lage in der Krim, 3. die in Artikel 3 des Friedensvertrages vorbehaltene Grenzführung und die Fragen des zeitweiligen Besetzungsrechtes Deutschlands, 4. die politische Lage Estlands und Livlands, 5. Kriegsgefangenenfragen, 6. Grundfragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. (W. T. B.)

Die schweizerischen Beziehungen zu Rußland.

Bern, 26. Mai. (Schweiz. Dep.-Agentur.) Der Bundespräsident Calonder empfing den Chef der kürzlich in der Schweiz eingetroffenen diplomatischen Vertretung der russischen Sowjet-Republik Jean Berzine in Audienz. Wie verlautet, werden die schweizerischen Behörden mit den diplomatischen Vertretern der Sowjet-Republik tatsächliche Beziehungen aufnehmen, wie denn auch bereits die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg mit der Sowjet-Regierung tatsächliche Beziehungen unterhält. Die Aufnahme solcher (nicht offiziellen) Beziehungen liegt im Interesse der in Rußland lebenden Schweizer sowohl wie auch im Interesse der in der Schweiz lebenden Russen, deren Lage bekanntlich äußerst bedenklich ist. Berzine gab übrigens im Bundesausschusse die Versicherung ab, daß sowohl er wie die Mitglieder seiner Mission sich ganz selbstverständlich jeder politischen maximalistischen Propaganda in der Schweiz enthalten würden. (W. T. B.)

Zum Tode des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf

teilt uns ein Bankbeamter mit, daß der Verewigte Ende der 60er und in den 70er Jahren Mitbegründer und Direktor des unter der Firma „Hallischer Bank-Verein von Kulisch, Kaempf u. Co., Halle a. S." noch jetzt bestehenden bedeutenden Bankhauses gewesen ist.

Anläßlich des Hinscheidens des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf sind dem Vizepräsidenten Dove folgende Telegramme zugegangen: **Von dem Kaiser:**

Die Meldung von dem Heimgange des hochgeschätzten Präsidenten des Reichstages Wirkl. Geh. Rat Dr. Kaempf habe ich mit lebhafter Teilnahme empfangen. Das Hinscheiden dieses vortrefflichen Mannes, der seine Arbeit, solange ihm Gott Kraft gab, dem Vaterlande weihte, bedeutet für den Reichstag und weit darüber hinaus einen herben Verlust. Seine Verdienste werden unvergessen bleiben.

Von dem König von Bayern:

Dem Präsidium des Deutschen Reichstages spreche ich anläßlich des schweren Verlustes, den der Reichstag durch den Heimgang seines hochverdienten Präsidenten Dr. Kaempf erlitten hat, mein herzliches Beileid aus.

Vom Generalfeldmarschall v. Hindenburg:

Die Nachricht vom Hinscheiden Sr. Exzellenz des von mir aufrichtig verehrten Herrn Reichstagspräsidenten hat mich tief bewegt. Zurückblickend auf ein arbeits- und segensreiches Leben, hat er, auf die Fülle seiner Erfahrungen und die ihm eigene Würde gestützt, die Verhandlungen des Reichstages während der letzten schweren, aber auch großen Zeit höchst geleitet und sich damit durch die Lösung der vom Reichstage im Kriege zu erledigenden Aufgaben hohes Verdienst erworben. Ich bitte, dem Reichstage den Ausdruck meiner warmen Teilnahme gütigst übermitteln zu wollen. (W. T. B.)

Der Reichskanzler hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilt, an das Reichstagspräsidium folgendes Telegramm gerichtet: Dem Reichstage spreche ich zugleich im Namen der Reichsleitung das aufrichtigste Beileid anläßlich des Heimganges seines hochverdienten langjährigen Präsidenten aus. Es war ihm vergönnt, in großer Zeit dem Vaterlande Dienste zu leisten, die ihm einen ehrenvollen Platz in der Geschichte des Deutschen Reichstages sichern werden.

b. Die Trauerfeier für den Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf ist auf Mittwoch vormittag 11 Uhr festgesetzt und findet in der Wandelhalle des Reichstages statt. Im Anschluß daran erfolgt die Ueberführung der Leiche nach dem alten Matthäikirchhofe. Die Beisetzung wird nur im engsten Familienkreise erfolgen.

Die Neubesetzung des Reichstagspräsidiums

wird so gedacht, daß die beiden stärksten Fraktionen, Zentrum und Sozialdemokratie, die infolge der Parteikonstellation von 1912 unvertreten waren, herangezogen werden. Wie verlautet, kommen die Abgeordneten Fehrenbach (Zentr.) und Scheidemann (Soz.) in Betracht. Die beiden bisherigen Vizepräsidenten Paasche (nat.) und Dove (Fortschr. Vop.) würden an ihren Stellen bleiben, so daß in Zukunft vier Mitglieder des Präsidiums vorhanden wären. Die Kandidatur des Grafen Posadowsky, die in der Presse erörtert wurde, wäre nach der persönlichen Seite eine allen Parteien willkommene Lösung, sie scheitert aber daran, daß der frühere Reichsschatzsekretär Vorstandsmitglied einer der kleineren Fraktionen ist, der die großen Fraktionen den Vortritt nicht lassen wollen.

Auszeichnungen.

Berlin, 27. Mai. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Eichenlaubs zum Orden Pour le mérite an den General der Infanterie v. Quast, Generalmajor Höfer und Oberst Hene; des Ordens Pour le mérite an den Obersten Hundrich, Oberstleutnant Frhrn. v. Esebeck, Oberstleutnant Drechsel, Hauptmann Brisken, Leutnant Drewing und den bayrischen Obersten Ritter Mertz v. Quirnheim. (W. T. B.)

Baron Steinheil ukrainischer Gesandter in Berlin.

Gerüchtweise verlautet, Baron Steinheil, Mitglied der ersten Duma für Kiew, sei zum ukrainischen Gesandten in Berlin ernannt worden. (W. T. B.)

Neue deutsch-englische Verhandlungen über Gefangenen-Austausch.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die englische Regierung beschlossen habe, Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf dem Wege über Holland einzuleiten, um das jetzt bestehende Uebereinkommen wegen Heimschaffung oder Internierung von Kriegs- und Zivilgefangenen zu erweitern. Das Kriegskabinett hat einen Beschluß in dieser Richtung gefaßt. Der Zeitpunkt dieser Verhandlungen steht noch nicht fest. (W. T. B.)

Die Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Wien.

(Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bur.) Die Vorstände der drei Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine traten nach Schluß der Tagung zu einer Besprechung zusammen, in der mit Befriedigung festgestellt wurde, daß die handelspolitischen Verhandlungen zwischen den verbündeten Mächten zu ihrer Grundlage und zu ihrem Ausgangspunkte Beschlüsse der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine genommen haben, daß das von den Vereinen gewünschte einheitliche Zollschema bereits fertiggestellt und eine Einigung über die Zollgesetze erfolgt ist. Weiterhin wurde mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß das von den drei Vereinen empfohlene einverständliche Vorgehen beim Abschluß von Handelsverträgen mit dritten Staaten bei den letzten Verhandlungen mit Rußland, der Ukraine und Rumänien durch alle Staaten verwirklicht wurde. (W. T. B.)

Deutsch-holländisch-belgischer Eisenbahnverkehr.

b. **Haag,** 27. Mai. (Eig. Drahtmeld.) Infolge des deutsch-holländischen Abkommens wird der Eisenbahnverkehr von Deutschland über holländisches Gebiet nach Belgien wieder aufgenommen werden, und zwar werden, wie ein Amsterdamer Blatt erfährt, täglich 24 Züge hin- und ebensoviel zurückfahren. Unter diesen 48 Zügen befinden sich vier durchgehende Personenzüge. Die holländischen Zollbehörden in den Grenzstationen sind infolge dieses Verkehrs verstärkt worden. Die Regelung tritt am 8. Juni in Wirkung.

Deutsche Deputationen bei Kaiser Karl.

Kaiser Karl empfing in Gegenwart des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler mehrere

Deputationen aus den südlichen Alpenländern.

Die Führer derselben wiesen darauf hin, daß in den meisten dieser von Deutschen und Slowenen bewohnten Gebiete bis vor kurzem ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden Volksstämmen bestand, das jedoch insbesondere durch die bekannte vorjährige südslawische Mai-Deklaration gefährdet wurde, welche u. a. auch auf Störung des nationalen Friedens hinarbeitet. In der Deputation war auch die slowenische Staatsrechts-Partei vertreten, deren Programm seit jeher strenges Festhalten des unzerreißbaren Zusammenhanges der Kronländer mit dem mächtigen unzerstörbaren Oesterreich, sowie gemeinsame wirtschaftliche Arbeit der Deutschen und Slowenen war. Auch der Sprecher dieser Deputation erbat, ebenso wie vorherrschend der Führer der Deutschen von Untersteiermark und Krain, ein entschiedenes Machtwort des Kaisers gegen die südslawische Propaganda. Endlich war auch die Vertretung der Deutschen Triests und des Küstenlandes erschienen, die auf die natürliche wichtige Rolle des Deutschtums für die Beziehungen des Reichshafens und der ganzen Meeresküste mit dem Hinterlande hinwies. Der Redner führte aus, zwar sei der italienische Irredentismus zerbrochen, und die Versuche, ihn neu zu beleben, würden vergeblich bleiben, aber die maßlose Wühlarbeit slowenischer Kreise würde, wenn sie Erfolg hätte, jede gesunde Entwicklung Triests unterbinden. Der Redner bat den Kaiser um energische Förderung des Deutschtums an der ganzen Küste und der dem Reichshafen Triest zukommenden großen Rolle.

In Erwiderung auf die Ansprache der kärntnerischen Deputation sagte der

Kaiser

die ernsthafteste und wohlwollendste Erwägung der vorgebrachten Wünsche zu. In Erwiderung auf die übrigen Ansprachen drückte der Kaiser seine besondere Freude darüber aus, in den Worten der Deputationsführer den wahrhaft erhebenden Gleichklang der Gefühle bei beiden in den Südalpenländern seßhaften Volksstämmen zu vernehmen und darin eine neue Probe des echten gut österreichischen Geistes zu erhalten, der durch ein verständnisvolles Sichineinanderfinden der Nationen sich zu höherer, mächtiger und segenbringender Einheit zusammenzufassen weiß. Schließlich gab der Kaiser gegenüber der Deputation des deutschen Frauenbundes Steiermark der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß wir in nicht allzu ferner Zeit den endgültigen, gerechten, segenbringenden, dauernden Frieden erlangen werden. Dies sei das wichtigste Ziel seines Lebens im Rahmen des großen Vaterlandes. Dem deutschen Volke in Oesterreich sei eine große und wichtige Aufgabe zugedacht, würdig jener all' Erwartungen übertreffenden unvergleichlichen Leistungen, die es in den Zeiten des Krieges erbracht und auf die es mit Recht stolz sein dürfe. Ich zähle, so schloß